

## Gewährleistung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Der neu geschaffene Demokratie-Fonds, der Vorschlag zur Einrichtung eines Menschenrechtsrates und die Pläne für die Erweiterung und Stärkung des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte spiegeln die laufenden Bemühungen der Vereinten Nationen wider, ihre Arbeit auf dem Gebiet der demokratischen Regierungsform und des Menschenrechtsschutzes zu verstärken.

Nach ihrer Charta gehören Förderung und Schutz der Menschenrechte zu den Hauptaufgaben der Vereinten Nationen. Seit 1948 stand die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende, gemeinsame Ideal“, aus der eine reiche Fülle von internationalen Menschenrechtsverträgen hervorging, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen entstanden. Darüber hinaus haben die zahlreichen, von den Vereinten Nationen im Lauf der Jahre zur Überwachung von Menschenrechten entwickelten Einrichtungen dazu beigetragen, Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen, ein verstärktes Menschenrechtsbewusstsein zu schaffen und die Einhaltung dieser internationalen Normen zu fördern.

In seinem vor dem Weltgipfel vorgelegten Bericht vertrat UN-Generalsekretär Kofi Annan die Ansicht, dass keine noch so große Bemühung um Entwicklung oder Sicherheit ohne Achtung vor den Menschenrechten erfolgreich sein könne. In diesem Sinne arbeiten die Mitgliedstaaten an Vorschlägen für eine Stärkung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und für die Schaffung eines neuen Menschenrechtsrates.

### Neubelebung der Menschenrechtseinrichtungen der Vereinten Nationen

Die Herausforderungen eines neuen Zeitalters für die Umsetzung der Menschenrechte verlangen nach einem grundlegenden kulturellen Wandel. Den Mitgliedstaaten liegt ein Plan für die Errichtung eines ständigen Menschenrechtsrates zur Beratung vor. Der Rat soll an die Stelle der Menschenrechtskommission treten und das institutionelle Profil der Menschenrechte im Verband der Vereinten Nationen anheben. Der neue zwischenstaatliche Rat soll für nachhaltige Aufmerksamkeit für den Menschenrechtsauftrag der Organisation sorgen.

Für den Aufbau der internationalen Menschenrechtseinrichtung beraten die Mitgliedstaaten vor dem Welt-

### Fakten und Zahlen

- Die Vereinten Nationen bearbeiten jährlich tausende Menschenrechtsbeschwerden in den Vertragsorganen der Menschenrechtsabkommen, den Sonderverfahren der Menschenrechtskommission und im Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte.
- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ohne Gegenstimme angenommen.
- Weniger als zwei Prozent des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen fließen in die Menschenrechtsprogramme des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte. Das Büro ist daher für die meisten seiner Tätigkeiten auf freiwillige Beiträge angewiesen.
- Zur Zeit gibt es sieben wichtige Menschenrechtsverträge, die jeder über eigene Überwachungs- und Umsetzungsverfahren verfügen: der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Internationale Pakt über politische Rechte, das Übereinkommen über die Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung, das Übereinkommen gegen Folter, das Übereinkommen über die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau, das Übereinkommen über die Rechte des Kindes und das Übereinkommen über die Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familien.
- Das Programm der Vereinten Nationen für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte leistet seit mehr als 50 Jahren Hilfe für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Länder in aller Welt.

gipfel einen Plan zur Stärkung des Büros des Hohen Kommissars und seiner Außenstellen. Dazu zählt die Unterstützung der Arbeit in den Bereichen technische Hilfe, Kapazitätsaufbau, Überwachung und Schutzmaßnahmen sowie die Anhebung des ordentlichen Haushalts des Büros.

Der Vorschlag sieht auch eine aktivere Rolle des Hohen Kommissars in der Arbeit des Sicherheitsrates und in der vorgeschlagenen Kommission für Friedenskonsolidierung vor. Davon geht auch ein vom Hohen Kommissar ausgearbeiteter Aktionsplan aus, der der Generalversammlung durch den Generalsekretär im Anhang zu seinem Bericht „In größerer Freiheit“ vorgelegt wurde (siehe [www.ohchr.org](http://www.ohchr.org)).

## Demokratiefonds der Vereinten Nationen

Im Juli 2005 kündigte der Generalsekretär die Schaffung eines Demokratiefonds der Vereinten Nationen für Länder an, die sich um den Aufbau oder die Festigung demokratischer Strukturen und Praktiken bemühen. Der Fonds soll laufende Aktivitäten der Vereinten Nationen ergänzen, die Koordination zwischen diesen Vorhaben verstärken und die Kapazität der Organisation verbessern, um auf Hilfsansuchen von Regierungen und nicht-staatlichen Organisationen reagieren zu können. Einige Mitgliedstaaten haben bereits Beiträge an den Fonds geleistet, weitere haben konkrete Zusagen angekündigt.

## Verantwortung für den Schutz

Ein Vorschlag, der den Mitgliedstaaten in Vorbereitung des Weltgipfels 2005 zur Beratung vorliegt, ersucht um Zustimmung für die Feststellung, dass die Staaten für den Schutz ihrer Bürger voll rechenschaftspflichtig sind. Außerdem sollen sie die gemeinsame Verantwortung der Weltgemeinschaft zur Vornahme kollektiver Maßnahmen anerkennen, wenn ihre eigenen Behörden nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, ihre Bürger vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnische Säuberungen und Kriegsverbrechen zu schützen.

## Stärkung der Herrschaft des Rechts

Die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2000 (*siehe [www.un.org/millennium](http://www.un.org/millennium)*) bekräftigte das Bekenntnis aller Nationen zur Herrschaft des Rechts als Rahmenbedingung für die Förderung von Menschenrechten, menschlicher Sicherheit und menschlicher Entwicklung. Wie der Generalsekretär in seinem Bericht „*In größerer Freiheit*“ betonte, muss neues Recht geschaffen und altes verwirklicht werden und staatlichen

Institutionen müssen besser dafür gerüstet werden, die Herrschaft des Rechts zu stärken.

In den Verhandlungen vor dem Weltgipfel wurde auch vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten die Schaffung eines Referats für Hilfsmaßnahmen für die Herrschaft des Rechts unterstützen sollen. Diese Sekretariatseinheit hätte die Aufgabe, die technische Hilfe und den Kapazitätsaufbau in diesem Bereich zu stärken. Der Generalsekretär hat auch den Ausbau der Menschenrechtsnormen zu einem Markenzeichen für seine Amtszeit erklärt und zur Ratifikation und vollen Umsetzung internationaler Übereinkommen aufgerufen, vor allem jener, die sich mit dem Schutz von Menschenrechten, sowie mit dem humanitären Recht und dem Flüchtlingsrecht befassen.

Die Mitgliedstaaten diskutieren zur Zeit auch über Maßnahmen gegen die Straffreiheit bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, den Ad-hoc-Tribunalen für Kriegsverbrechen und anderen Einrichtungen der internationalen Rechtspflege.

### Fakten und Zahlen

- Die Abteilung für Wahlhilfe der Vereinten Nationen ist in den Jahren 1992-2004 pro Jahr durchschnittlich 18 Ansuchen um Unterstützung bei der Durchführung demokratischer Wahlen nachgekommen.
- Allein im vergangenen Jahr leisteten die Vereinten Nationen Wahlhilfe in mehr als 20 Ländern weltweit, darunter in Afghanistan, Burundi, Irak und Palästina. Damit stieg die Gesamtzahl der Länder, die bisher Wahlhilfe von den Vereinten Nationen erhalten haben, auf nahezu 80.

\* \* \* \* \*